

SPRINKLE

Smart City Governanceprozesse in kleinen und mittleren Städten

**Ergebnisse aus Perspektive rechtlicher
Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume (WU)**

Verena Madner, Simone Kretz, Stefan Mayr, Katharina Prochazka

Abschlusskonferenz, 15.12.2015

Einleitung

- Zielsetzung
 - **Rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen** für Smart City Governanceprozesse in Klein- und Mittelstädten allgemein und mit Fokus auf die Partnerstädte (Unterschiede, Gemeinsamkeiten)
- Annahme
 - **Regelungsstrukturen**, in die Akteursbeziehungen eingebettet sind
 - Rechtliche Verfasstheit der Städte, Pflichten, Zuständigkeiten und Instrumente als wesentliche Bestimmungsfaktoren für smarte Stadtentwicklung, **mitprägend für Governanceprozesse**
- Methode
 - **Rechtswissenschaftliche Analyse** des Rechtsbestands im **Mehrebenenssystem** sowie Round Tables und Hintergrundgespräche
 - Allgemeines und **ausgewählte Handlungsfelder**

Allgemein zum Unionsrecht

- Unionsrecht wirkt vielfach auf **Agenda-Setting** der Smart City Governance ein
 - materielle Standards und Vorgaben zu Energie- und Klimaschutz (zB Gebäude-, EnergieeffizienzRL, LuftqualitätsRL)
 - übergeordnete Prinzipien (zB Partizipation)

- Binnenmarktorientierte Verfassung und europäische „Smart City-Förderschienen“ prägen **Smart City Agenda**

- Besondere Relevanz von **Binnenmarktregeln** (Vergaberecht, Wettbewerbsrecht), Spannungsverhältnis von Daseinsvorsorge gerade auch für Smart City – Governance

Allgemein zu Verfassung, Organisation

- Verfassungsrechtliche Grundsatz der **Einheitsgemeinde** vs stark **divergierende strukturelle Rahmenbedingungen** (Wirtschaftskraft, Demographie etc)
- Finanzausgleichssystem, das sich für mittlere und größere Städte als ungünstig erweist; Systemschwächen
- Die organisationsrechtlichen Rahmenbedingungen der Städte lassen relativ viel **Spielraum** für die Etablierung von Verwaltungsstrukturen, jenseits einer Linienorganisation

Handlungsfeld Energieraumplanung

- Verknüpfung von Raum-/Stadtplanung und Energiefragen
- Systematische Analyse und Vergleich des Handlungsspielraums
 - nach Planungsstufen (Bebauungsplan – örtl. Entwicklungskonzepte)
 - Ansatzpunkten, Handlungsformen (hoheitlich/Vertragsraumordnung)
- Beispiele
 - Strategische Ebene: Kommunale Energiekonzepte
 - Energieversorgung: Anschlusspflichten, Verbotszonen für bestimmte Brennstoffe
 - Verdichtung, Baulandmobilisierung
 - Bebauung: Firstausrichtung, Dachform

Handlungsfeld *Energieraumplanung*

- Insgesamt **breites Spektrum**, jedoch im Einzelnen unterschiedliche Instrumentenpalette in den drei Ländern
- Praxis der Partnerstädte zeigt ebenfalls **unterschiedlichen Einsatz** der Instrumente für Zwecke der Energieraumplanung
- Nicht alle (fakultativen) **hoheitlichen Festlegungsmöglichkeiten** kommen in den Partnerstädten zum Einsatz.
- Das **privatrechtliche Instrumentarium** für die Energieraumplanung wird nur teilweise in Anspruch genommen.
 - ✓ Vertragsraumordnung: zT Unsicherheiten über Einsatzmöglichkeiten
 - ✓ Überbindung ökologischer Mindeststandards beim Verkauf städtischer Liegenschaften: tendenziell kein Anwendungsbereich (mangelnder Grundbesitz; Baulandangebot)

Handlungsfeld Energieraumplanung

- In allen Partnerstädten: **Entwicklung von (neuen) Stadtteilen als Feld** nachhaltiger und energiebewusster Stadtentwicklung
- **Chance** um Erfahrungen im Bereich städtebauliche **Kooperation, Partizipation und Einbeziehung von Stakeholdern** zu sammeln und in **Erfahrungsaustausch** mit anderen Städten einzutreten.
- Diese Möglichkeit sollte genutzt werden

Handlungsfeld Energieeffizienz

- Komplexe Vorgaben, Umsetzung (im Untersuchungszeitraum) noch nicht abgeschlossen und von **Rechtsunsicherheiten** (zB hinsichtlich der Anrechenbarkeit von Maßnahmen) begleitet
- Potenzielle **Betroffenheit** der Städte und Gemeinden insbesondere als:
 - ✓ Betreiberinnen von EVUs / verpflichtete Energielieferantinnen
 - ✓ Betreiberinnen großer energieverbrauchender Unternehmen
 - ✓ Möglichkeiten der Übertragung von Einsparmaßnahmen ausloten
- Landesebene: **NÖ** Gesetzgeber hat die Möglichkeit genutzt, das Thema **Energieeffizienz auch organisatorisch** in den Städten zu verankern (Energiebeauftragte, Energiebuchhaltung)

Handlungsfeld nachhaltige Beschaffung

- **Volumen** öffentliches Beschaffungswesen:
 - ✓ ca 18% des EU-weiten BIPs
 - ✓ in Österreich ca 40 Milliarden Euro pro Jahr

- „**Smart Procurement**“ als Steuerungsinstrument der Smart City
 - Nutzung der Auftragsvergabe zur **Unterstützung gesellschaftlicher Ziele** wie zB Ressourcen-und Energieeffizienz, Bekämpfung Klimawandel, Innovationsförderung, Inklusion

- Analyse des Potenzials und der rechtlichen Grundlagen im Mehrebenensystem
 - VergabeRL 2014; EnergieeffizienzRL, Umsetzungsakte und Initiativen

Handlungsfeld nachhaltige Beschaffung

- Einzelne international beachtete Initiativen, zB Ökokauf; ÖBS
- **Aber:** In vielen Städten und Gemeinden ist das Thema smarte/nachhaltige Beschaffung noch nicht „angekommen“
- Skepsis, **Zurückhaltung** auch in den **Partnerstädten**
- Öffentliche Beschaffung wird va als **wichtiger Impuls** für die lokale und regionale Wirtschaft verstanden
- **Zielkonflikt:** „regional vs billig“
- nicht ausgeschöpftes **Potenzial** von „smart procurement“:
- Wettbewerbsfähigkeit **innovativer lokaler bzw regionaler Anbieter** durch vergaberechtskonforme Berücksichtigung qualitativer Kriterien steigern. Smart Procurement im Dienst von Ressourceneffizienz und territorialem Zusammenhalt als **Bestandteil der Smart City**

SPRINKLE

Smart City Governanceprozesse *in kleinen und mittleren Städten*

Projektteam: Österreichisches Institut für Raumplanung • Wirtschafts- universität Wien, Forschungsinstitut für Urban Management and Gover- nance • Technische Universität Wien, Department Raumplanung, Fach- bereich Soziologie • Österreichischer Städtebund

Kontakt: Ursula Mollay • +43 1 533 87 47-46 • mollay@oir.at

Stadt der Zukunft (www.hausderzukunft.at) ist ein Forschungs- und Technologieprogramm des Bundes- ministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Es wird im Auftrag des BMVIT von der Öster- reichischen Forschungsförderungsgesellschaft gemeinsam mit der Austria Wirtschaftsservice Gesell- schaft mbH und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT abgewickelt.